

Abschied von KyotoPlus?

Die EU und das Trauma von Kopenhagen
Constanze Haug und Frans Berkhout

Die Ergebnisse des Klimagipfels von Kopenhagen sind eine bittere Enttäuschung für die EU. Ihr ist es nicht gelungen, ihren Führungsambitionen beim globalen Klimaschutz gerecht zu werden und die Konferenz zur Weichenstellung für ein rechtsverbindliches Klimaabkommen nach 2012 zu nutzen. Damit steht die Union vor grundlegenden strategischen Fragen zum Kurs ihrer Klimapolitik.

Für die Europäische Union (EU) bedeutet der Klimagipfel von Kopenhagen (*Conference of the Parties – COP*) mehr als das Scheitern einer politischen Strategie – er stellt eine Identitätskrise dar. In den letzten 20 Jahren haben der Klimawandel und die politische Reaktion der EU auf ihn wichtige Funktionen für die Union erfüllt. Sie deutete die Herausbildung eines kohärenten internationalen Regimes durch die UN-Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll als überzeugendes Beispiel von effektivem Multilateralismus und nachhaltiger Entwicklung. Sie sah sich in der Führungsrolle sowohl in der Schaffung als auch in der Aufrechterhaltung des Regimes nach dem Rückzug der USA im Jahr 2001.¹ Mit der Zeit wurde Klimawandel zu einem wichtigen Motiv für das Vorantreiben des europäischen Integrationsprojektes und die Legitimierung von EU-Handeln.²

„Kopenhagen“ hat zwei Grundprämissen europäischer Klimapolitik radikal infrage gestellt: Die Hoffnung auf ein universelles, bindendes Klimaregime wurde zunichte gemacht, und europäische Ambitionen auf eine politische Führungsrolle erwiesen sich als Fiktion. Es bleibt abzuwarten, inwiefern der Klimawandel weiterhin zentrales Thema der EU-Politik bleiben wird. In diesem Artikel gehen wir zunächst auf die europäischen Zielsetzungen für Kopenhagen ein und den Eindruck, den die EU in Kopenhagen hinterließ, bevor wir uns mit den europäischen Reaktionen auf die Ergebnisse und deren Bedeutung für die internationale und die interne Klimapolitik der Union auseinandersetzen.

Die EU hatte klare Ziele für Kopenhagen. Die Konferenz sollte den Weg ebnen zu einem „umfassenden, ehrgeizigen, fairen,

1 Vgl. Gupta / Grubb 2000.

2 „Wir können dem Rest der Welt sagen: Europa geht voran. Macht mit beim Kampf gegen den Klimawandel.“ EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso vor dem Europäischen Rat, 8.-9.03.2007. http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/index_en.htm (abgerufen am 15.07.2009, nicht mehr verfügbar).

wissenschaftlich fundierten und rechtsverbindlichen globalen Übereinkommen“ ab Januar 2013, das auf dem Kyoto-Protokoll aufbauen und alle vier Elemente des Bali-Aktionsplans (Emissionsminderung, Anpassung an den Klimawandel, Technologietransfer und Finanzierung) einschließen sollte.³ Insbesondere forderte die EU von Industrieländern ehrgeizige Reduktionsziele von zusammengenommen minus 30 Prozent bis 2020 (verglichen mit 1990) und mindestens minus 80 bis 95 Prozent bis zum Jahr 2050. Von den Entwicklungsländern erwartete sie ebenfalls „einen ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag“.⁴

Die Ergebnisse des Gipfels blieben weit hinter diesen Erwartungen zurück. Der rechtlich unverbindliche Kopenhagen-Akkord enthält zwar ein Lippenbekenntnis zum langjährigen EU-Ziel von maximal zwei Grad globaler Erderwärmung bis 2100, stellt aber ansonsten eine weitgehende Abkehr vom Konzept koordinierter Anstrengungen zur Emissionsminderung dar.

Die EU in Kopenhagen

Im Vergleich zu früheren Klimaverhandlungen schien die EU gut auf Kopenhagen vorbereitet zu sein. Europäische Regierungschefs hatten Foren wie die G8, G20 und das *Major Economies Forum* dazu genutzt, das Thema Klima auf der globalen Agenda oben zu platzieren. Die EU war allen anderen reichen Ländern bei der Implementierung und Effektivität interner klimapolitischer Maßnahmen voraus: EU-weit sinkende Emissionen rückten ihr Kyoto-Ziel (minus 8 Prozent zwischen 2008 und 2012 im Vergleich zu 1990) in Reichweite.⁵ Für die Zeit nach 2012 hatten EU-Regierungschefs bereits 2007 ein unilaterales Reduktionsziel von minus 20 Prozent bis 2020 (Basisjahr wiederum 1990) beschlossen und angeboten, es beim Zustandekommen eines ambitionierten internationalen Abkommens auf minus 30 Prozent zu erhöhen. Mit dem 2008 verabschiedeten Klima- und Energiepaket war auch eine erste Basis geschaffen, um diese Ziele zu erreichen.⁶ Zudem hatte die EU kurz vor dem Gipfel relativ weitreichende Zusagen für die Finanzierung von kohlenstoffarmen Technologien und Anpassungen in Entwicklungsländern gemacht. Auch die EU-interne Abstimmung in Klimaverhandlungen hat sich über die vergangenen Jahre verbessert. Mangelnde

3 Europäische Kommission 2009, S. 2.

4 Rat der Europäischen Union 2009.

5 Vgl. Europäische Umweltagentur 2009.

6 Für einen aktuellen, fundierten Überblick zur Entwicklung der europäischen Klimapolitik sowie aktuellen und zukünftigen Herausforderungen siehe Jordan u. a. 2010.

Flexibilität in multilateralen Verhandlungen war schon immer ein großes Problem der Union. Meist wurden viel Zeit und Energie auf die Koordination zwischen europäischen Delegationen verwendet, oft auf Kosten von Kontakt und Verhandlungen mit anderen Partnern. Ein reformiertes System von designierten Fachexperten und Verhandlungsführern für bestimmte Themen hatte jedoch seit 2004 zu einer deutlich größeren Kohärenz in der EU-Position in den Klimaverhandlungen geführt.⁷

Trotz allem gelang es der EU in Kopenhagen – abgesehen von Teilerfolgen wie der Verankerung des Zwei-Grad-Ziels und der Vereinbarung über Gelder zur sofortigen Bereitstellung im Kopenhagen Akkord – aber nicht, ihren Einfluss geltend zu machen. Einer der Gründe lag zweifellos in der ineffektiven dänischen COP-Präsidentschaft, die sich sowohl in der Empörung über den der Presse zugespielten dänischen Entwurf für ein mögliches Abkommen wie auch in der unglücklichen Übergabe des COP-Vorsitzes von der dänischen Umweltministerin Connie Hedegaard an Premier Lars Løkke Rasmussen widerspiegelte. Darüber hinaus wurde die schwedische EU-Präsidentschaft von vielen als ebenfalls nur mittelmäßig erfolgreich eingeschätzt.⁸

Das Scheitern der EU in Kopenhagen lag jedoch nicht allein an ihrem Führungspersonal. Grundlegendere strukturelle Faktoren spielten eine mindestens ebenso wichtige Rolle. Zum Ersten verschätzte sich die Union in der Beurteilung der Basis, auf welcher sie nach Reziprozität verlangen konnte. Ihr wichtigstes Angebot – die Bereitschaft, das eigene Ziel bei ähnlich ambitionierten Zusagen der Verhandlungspartner auf minus 30 Prozent zu erhöhen – stieß auf kein Echo, da es nicht die Kerninteressen der anderen großen Emittenten traf. Die Union, die in der Annahme nach Kopenhagen gekommen war, sie befände sich in einem *Race to the Top* um die ehrgeizigste Klimapolitik, musste dort einsehen, dass das Gegenteil der Fall war. Europa, Japan und auch Russland verloren beim Gipfel an Einfluss, weil ihr Engagement – ungeachtet, wie hoch ihre jeweiligen Reduktionsziele letztendlich ausfallen mochten – als gegeben hingenommen wurde. Für die USA und China war das Gegenteil der Fall.

Zum Zweiten konfrontierte Kopenhagen die EU aber auch mit neuen geopolitischen Realitäten. Der sinkende Anteil Europas am weltweiten Treibhausgasausstoß hat maßgebliche Folgen für den Einfluss der Union in den internationalen Verhandlungen. Bis zu einem gewissen Grad bleibt Europa wohl nichts anderes übrig, als diese veränderte Mächtekonstellation hinzunehmen. Letztlich werden

7 Vgl. Oberthür / Roche-Kelly 2008.

8 Vgl. Luttikhuis 2010.

vor allem Erfolg und Misserfolg der Amerikaner, Chinesen und Inder beim Klimaschutz das zukünftige Klima auch in Europa bestimmen.

Nicht zuletzt – und dies ist vielleicht am traumatischsten für das europäische Selbstbewusstsein – machte der Kopenhagen-Gipfel den Europäern deutlich, dass ihre Idealvorstellung eines Klimaregimes nur von wenigen geteilt wird. Die EU hat sich früh und ausschließlich dem „Kyoto-Modell“ koordinierter *Top-down*-Emissionskontrolle verschrieben. In rechtsverbindlichen Abkommen mit universaler Mitgliedschaft wollte sie auch nach 2012 Emissionsbegrenzungen für eine wachsende Anzahl von Staaten mit Finanz- und Technologietransfers vergelten. Nach Kopenhagen scheint sich das Klimaregime jedoch auf ein anderes, dezentraleres Modell zuzubewegen.

Die Ergebnisse des Gipfels riefen ein negatives Echo quer durch Europa hervor. EU-Kommissionspräsident Barroso nannte den Kopenhagen-Akkord „einen positiven Schritt, der aber klar hinter unseren Erwartungen zurückbleibt. Ich kann meine Enttäuschung nicht verhehlen.“⁹ Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich ähnlich: „Diese Entscheidung war sehr schwierig für mich. Wir haben einen Schritt nach vorn gemacht und hatten doch auf einige weitere gehofft.“¹⁰ Die schwedische EU-Präsidentschaft nannte die Konferenz ein „Desaster“, das hauptsächlich der Tatsache geschuldet sei, dass „andere Länder sehr unwillig [waren], [...] vor allem die USA und China.“¹¹ Nach der unmittelbaren Enttäuschung fand jedoch bereits im Januar eine gewisse Neubewertung statt. Connie Hedegaard beispielsweise argumentierte bei ihrer Anhörung als designierte Klimakommissarin vor dem Europäischen Parlament: „Ich hätte sehr gern mehr Fortschritte in Kopenhagen gesehen, aber es gab einen Beschluss zum Thema Klimafinanzierung; alle Schwellenländer haben Mitverantwortung [für Emissionsminderung] akzeptiert und Brasilien, Südafrika, China, Indien und die USA [...] haben sich jetzt nationale Ziele gesetzt.“¹²

Jenseits von Kopenhagen

Kopenhagen bedeutet in vielerlei Hinsicht eine Zäsur für die weltweiten Anstrengungen beim Klimaschutz. Geopolitisch demonstrierte der Gipfel nachdrücklich die Macht der Schwellenländer auf Kosten von Europa. Er stellt einen Wendepunkt für das globale Klimaregime dar,

9 Rankin 2009.

10 Griffiths / Wacket 2009.

11 Pawlak 2009.

12 Phillips 2010.

das jetzt mit grundlegenden Fragen zur Zukunft des UN-Klimamultilateralismus konfrontiert ist. Vor allem steht die externe Klimapolitik der EU nach Kopenhagen an einer Weggabelung. Kurzfristig wird sich die Union Gedanken machen müssen, wie sie ihre Klimadiplomatie effizienter gestalten kann. So stellte Connie Hedegaard nach dem Gipfel fest: „In den letzten Stunden [von Kopenhagen] sprachen China, Indien, Russland, die USA und Japan jeweils mit einer Stimme, während Europa mit vielen verschiedenen Stimmen sprach. [...] Viele Europäer im Verhandlungsraum sind kein Problem, aber nur dann von Vorteil, wenn wir alle in dasselbe Horn blasen.“¹³ Nach der Erfahrung von Kopenhagen könnten die EU-Mitgliedstaaten in der Tat bereit sein, der EU-Kommission mehr Verantwortung in den Verhandlungen zu übertragen. Damit würde sich die Situation der in den WTO-Verhandlungen annähern, wo die Kommission für die Union verhandelt, die Mitgliedstaaten ihr aber wie „Schwiegermütter“ auf die Finger schauen.¹⁴

Langfristig sind die Optionen für die EU noch komplexer. Muss die Union einfach hinnehmen, dass ihre Bedeutung in der internationalen Politik, einschließlich der Klimapolitik, abnimmt? Oder kann sie durch einen Strategiewechsel ihren Einfluss weitgehend erhalten? Mit anderem Worten, sollte die EU sich künftig als Pragmatikerin, Idealistin, als „harte Nuss“ oder gar als „Fiesling“ um den globalen Klimaschutz bemühen? Das Lager der Pragmatiker argumentiere, dass die EU das Konzept eines universalen Regimes aufgeben und sich an die Realität einer zunehmend fragmentierten Klimaarena gewöhnen sollte. Als Juniorpartner der Vereinigten Staaten würde es Verhandlungen mit einer kleinen Gruppe von wichtigen Staaten führen und sich mit dem Machbaren in einer solchen Konstellation abfinden. Das Lager der Idealisten setzt sich dagegen für strategische Kontinuität ein: international verbindliche Reduktionsziele mit klaren Fristen als höchste Verhandlungspriorität der EU und Vertrauen auf den Einfluss von europäischer *Soft Power* in einer multipolaren Weltordnung. Indem Europa mit gutem Beispiel vorangeht, so die Logik der Idealisten, wird es letztlich auch die USA und andere große Emittenten zu mehr Zugeständnissen bewegen können. Dieser Ansatz wird von Umwelt-Nichtregierungsorganisationen befürwortet, aber auch von britischen und niederländischen Regierungsvertretern. Die aktuelle Diskussion in der EU, ob Europa sein Reduktionsziel für 2020 unilateral auf 30 Prozent erhöhen sollte, passt in dieses Bild.

Die „Hartnäckigen“ würden ebenfalls den bereits eingeschlagenen Weg fortsetzen, aber mit neuer Energie und einer erweiterten Agenda. Sie

13 ENDS 2010.

14 Vgl. van Schaik 2010.

würden für ein schärferes Profil der EU als Innovator und Moderator in der internationalen Arena plädieren. In ihren Augen wäre die dringlichste Aufgabe die Konsolidierung des Kopenhagen-Akkord in anderen Foren sowie dessen anschließende Legitimierung durch den UNFCCC. Eine „hartnäckige“ EU würde auf einer umfassenden Agenda für die Klimaverhandlungen bestehen, die neben Emissionsminderung auch Klimafinanzierung, Technologietransfer und Gerechtigkeitsfragen umfasst. Eine Führungsrolle der EU würde so nicht allein durch Vorbildwirkung untermauert, sondern vor allem auch normativ unterbaut. Trotzdem würde die EU neben größeren Finanztransfers für Anpassung und Technologie auch weiterhin intern ehrgeizige Klimapolitik verfolgen. Der Erfahrungsschatz der Union beispielsweise beim Aufbau und der Administration von Emissionshandelssystemen und anderen Instrumenten der Klimapolitik dürfte auch für die BASIC-Länder von einigem Interesse sein.¹⁵

Nicht zuletzt könnte die EU die Rolle des „Fieslings“ spielen und Strafzölle gegen CO₂-intensive Importe als Druckmittel erheben. Der französische Präsident Sarkozy hatte diesen Vorschlag bereits 2008 in die Diskussion gebracht. Nach dem Scheitern von Kopenhagen hat die Initiative erneut Aufwind erhalten. Gleichzeitig würde ein solcher Ansatz aber einer der Grundnormen der EU, dem Ziel der internen Handelsliberalisierung, fundamental zuwiderlaufen und auch international zu einer möglicherweise ungewünschten Polarisierung führen. So warnte der schwedische Umweltminister Carlgren: „Dies ist ein Moment, wo wir uns entscheiden müssen, ob wir uns weiter für ein globales Klimaabkommen einsetzen oder auf einen fragmentierten Ansatz setzen. [Solche Drohungen] würden uns in Richtung Fragmentierung führen.“¹⁶

Wendepunkt der EU-internen Klimapolitik?

Kopenhagen hat auch Konsequenzen für die Ausrichtung der EU-internen Klimapolitik. Ohne ein globales Klimaabkommen dürften Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Union bezüglich des angestrebten Anspruchsniveaus in der europäischen Klimapolitik zunehmen. Blockaden der mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder hatten schon im Jahr 2008 die Beschlussfassung beim EU-Klima- und Energiepaket erschwert.¹⁷ Es ist gut möglich, dass diese Gräben ohne den legitimierenden Rahmen eines internationalen Vertrages in Zukunft noch tiefer werden.

15 Vgl. Egenhofer / Georgiev 2009.

16 ENDS 2009.

17 Vgl. Haug / Jordan 2010.

Eine Reihe von Maßnahmen wie der EU-Emissionshandel und Instrumente zur Förderung von erneuerbaren Energien werden aufgrund ihrer positiven Nebeneffekte und ihrer Innovationswirkung sicherlich weiterhin verfolgt werden. Für andere Instrumente könnte der politische Kontext jedoch schwieriger werden. Die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrien – ein wichtiges Motiv in der US-Klimadebatte – wird in Zukunft auch in Europa eine zunehmend große Rolle spielen.

Das Scheitern von Kopenhagen, begleitet von einem beispiellosen Medieninteresse, die Aufdeckung von Fehlern im Sachstandsbericht des Weltklimarates, der kalte Winter und die Wirtschaftskrise – all diese Faktoren haben Klimaskeptikern und Gegnern ambitionierter Klimapolitik in die Hände gespielt und ihnen eine Gelegenheit geboten, die öffentliche Meinung nachhaltig zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Klimadiplomatie, die europäischen Politikern bisher oft eine positive Presse bescherte, bietet plötzlich keine solche Erfolgsgarantie mehr – Merkel, Sarkozy und Brown kamen als Verlierer aus Kopenhagen zurück. Zweifellos hat Klimaschutz in den letzten Jahren zu einer breiten Mobilisierung der interessierten Öffentlichkeit und zur Bildung einflussreicher grüner Lobbys geführt. Diese werden sich einer Abkehr vom engagierten Klimaschutz vehement entgegenstellen – in wieweit ihnen das gelingen wird, bleibt jedoch abzuwarten.

Fazit

Kopenhagen stellt einen Wendepunkt sowohl für die interne wie auch die internationale Klimapolitik der EU dar. Die EU könnte nun eine Zentralisierung ihrer Klimadiplomatie, mit einer größeren Rolle für die Kommission und möglicherweise auch den neu gegründeten europäischen auswärtigen Dienst, in Erwägung ziehen. Ob der aktuelle politische Kontext einen solchen Schritt zulässt, vor allem, wenn er durch eine EU-Vertragsänderung formalisiert werden sollte, ist anzuzweifeln. Abgesehen davon muss die EU ihre Strategie in der globalen Klimapolitik neu definieren. Die vor Kurzem veröffentlichte Kommunikation der Kommission deutet auf eine Fortsetzung des bisherigen Kurses mit einigen wenigen Korrekturen hin. Der Text geht auf die Notwendigkeit von Veränderungen im klimadiplomatischen Set-up der EU ein und erklärt die Integration der Ergebnisse des Kopenhagen-Akkords in die UN-Klimaverhandlungen zum wichtigsten Ziel, fordert darüber hinaus aber auch rasche Fortschritte bei Klimafinanzierung, der Vermeidung von tropischer Entwaldung (REDD+) und dem Aufbau eines globalen Kohlenstoffmarktes.¹⁸ Jenseits dieser unmittelbaren Festlegungen

18 Vgl. Europäische Kommission 2010.

müsste die EU ihre Perspektive auf das globale Klimaregime auch grundsätzlicher verändern. Ein KyotoPlus-Szenario erscheint als nicht mehr sonderlich wahrscheinlich, und so sollte sich die Union auch stärker mit anderen Ansätzen in der internationalen Klimapolitik auseinandersetzen. Zum Zweiten muss die Union sich den Wandel ihrer eigenen Rolle in den internationalen Verhandlungen bewusst machen. Zwar mag sie nicht mehr im gleichen Maße wie früher in der Lage sein, sich als Chefarchitektin eines zukünftigen Klimaregimes zu profilieren. Gleichzeitig verfügt sie jedoch mit ihrer industriell-technologischen Vorreiterrolle beim Umbau zu einer kohlenstoffarmen Volkswirtschaft über viel gefragte Kompetenzen auch in einer Post-Kyoto-Welt. Drittens sollte die EU, ohne die Kooperation mit dem Gros der Entwicklungsländer schleifen zu lassen, ihr Hauptaugenmerk in den Verhandlungen mehr auf die großen Emittenten – und hier möglicherweise vor allem Indien, dem mit einer engen Kooperation mit China nicht unbedingt geholfen ist – richten und realistische Klimapolitik verfolgen, in der Koalitionen nicht nur mit schwachen, sondern auch mit starken Akteuren geschmiedet werden.

Kopenhagen dürfte auch Auswirkungen auf die interne Klimapolitik der EU haben. Eine erneute Debatte über die Geschwindigkeit, mit der die EU ihren Treibhausgasausstoß reduziert, scheint unausweichlich – und ist mit dem *Impact Assessment* der EU-Kommission zur Erhöhung des EU-Reduktionsziels von 20 auf 30 Prozent auch bereits in Gang gesetzt. Zugleich wird sich EU-Politik in sehr viel stärkerem Maße als bisher mit der Anpassung an den Klimawandel befassen müssen. Das Zwei-Grad-Ziel wird zwar als Leitlinie im Kopenhagen-Akkord genannt, aber die bis Ende Januar beim UNFCCC eingereichten Reduktionszusagen sprechen eine andere Sprache. Die EU und der Rest der Welt müssen sich nunmehr auf drei oder vier Grad Erderwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts einstellen, und voraussichtlich noch mehr darüber hinaus. Damit muss Europa eine Schizophrenie im Zentrum der eigenen Klimastrategie überwinden: die unnötige Polarisierung zwischen Emissionsminderung auf der einen und Anpassung auf der anderen Seite. Klimapolitik muss beides sein, wobei sich das Gewicht nach Kopenhagen wohl in Richtung Anpassung verschoben hat.

Literaturverzeichnis

Egenhofer, Christoph / Georgiev, Anton: The Copenhagen Accord – A First Step at Deciphering the Implications for the EU. <http://www.ceps.be/book/copenhagen-accord-first-stab-deciphering-implications-eu> (abgerufen am 25.02.2010).

ENDS Europe Daily: Climate Accord Must Be Adopted to Unblock Funds. <http://www.endseurope.com/22967> (abgerufen am 19.01.2010).

ENDS Europe Daily: Europe May Set National Targets in Climate Accord. <http://www.endseurope.com/23089> (abgerufen am 25.02.2010).

Europäische Umweltagentur (EEA): Greenhouse Gas Trends and Projections in Europe 2009, EEA Report No 9/2009. http://www.eea.europa.eu/publications/eea_report_2009_9 (abgerufen am 19.01.2010).

Griffiths, Peter / Wacket, Markus: Merkel, Brown Accept Climate Deal, Wanted More. <http://uk.reuters.com/article/idUKTRE5BH5IW20091218> (abgerufen am 19.01.2010).

Gupta, Joyeeta / Grubb, Michael: Climate Change and European Leadership: A Sustainable Role for Europe? Kluwer Academic Publishers, Dordrecht 2000.

Haug, Constanze / Jordan, Andrew: Burden Sharing: Distributing Burdens or Sharing Efforts? In: Jordan, Andrew u. a. (Hrsg.): Climate Change Policy in the European Union: Confronting the Dilemmas of Adaptation and Mitigation? Cambridge University Press, Cambridge 2010, S. 83-103.

Jordan, Andrew u. a. (Hrsg.): Climate Change Policy in the European Union: Confronting the Dilemmas of Adaptation and Mitigation? Cambridge University Press, Cambridge 2010.

Luttikhuis, Paul: Klimaat Redden Gaat Zo: Reconstructie Klimaatakkoord. In: NRC Handelsblad, 23.01.2010.

Oberthür, Sebastian / Roche-Kelly, Claire: EU Leadership in International Climate Policy: Achievements and Challenges. In: The International Spectator 43, Nr. 3, 2008, S. 35-50.

Pawlak, Justyna: EU Calls for More U. S. Involvement in Climate Works. <http://www.reuters.com/article/idUSTRE5BL21F20091222> (abgerufen am 19.01.2010).

Phillips, Leigh: Hedegaard: EU Must Speak With One Voice on Climate. <http://euobserver.com/885/29278> (abgerufen am 19.01.2010).

Rankin, Jennifer: Climate Deal Disappoints EU. In: European Voice, 19.12.2009.

Schaik, Louise van: The Sustainability of the EU's Model for Climate Diplomacy. In: Oberthür, Sebastian / Pallemarts, Mark (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy. VUB Press, Brüssel 2010, S. 251-280.

Constanze Haug

LL.M., 1981 geboren, Institute for Environmental Studies (IVM), VU University Amsterdam.

constanze.haug@ivm.vu.nl



Prof. Dr. Frans Berkhout

1961 geboren, ist Direktor am Institute for Environmental Studies (IVM), VU University Amsterdam.

frans.berkhout@ivm.vu.nl